

Assange gegen Kaution aus Haft entlassen

Lt. LONDON, 14. Dezember. Der Wikileaks-Gründer Julian Assange ist unter Auflagen aus der Untersuchungshaft in London entlassen worden, bis in der Hauptsache über den Auslieferungsantrag der schwedischen Justiz gegen ihn entschieden ist. Gegen Assange wird von den Justizbehörden in Stockholm wegen des Vorwurfs ermittelt, mehrere Sexualdelikte, unter anderem Vergewaltigung und sexuelle Nötigung, an zwei Frauen begangen zu haben, mit denen er zunächst einvernehmlich Bekanntschaft schloss. Assange hatte sich in London der Polizei gestellt, nachdem die schwedischen Behörden einen europäischen Haftbefehl gegen ihn erlassen hatten. Ein Londoner Amtsgericht nahm ihn daraufhin in der vergangenen Woche in Auslieferungshaft. In einem zweiten Anhörungstermin boten bekannte Persönlichkeiten der Londoner Society, unter ihnen Jemima Khan und der Regisseur Ken Loach, am Dienstag insgesamt mehr als 200 000 Euro Kaution für Assanges Freilassung. Assanges Londoner Anwalt bezweifelte am Dienstag vor Gericht, dass die Vorwürfe aus Schweden vor britischen Behörden ausreichen könnten, um zu einer Anklage wegen Vergewaltigung zu führen. Unklar war zunächst, ob die schwedische Justiz gegen diese Entscheidung Berufung beim High Court einlegen wird. (Siehe auch Feuilleton, Seite 29.)

Heute

Höchststrafe Kartoffel

In Island gibt es gleich dreizehn verschiedene Weihnachtsmänner. Im Wettbewerb mit Santa Claus ist ihre Anpassungsfähigkeit gefragt. **Deutschland und die Welt, Seite 9**

Armer Glücksritter

Das Ende der Sowjetunion hat einigen Männern Reichtum und Einfluss verschafft. Einer dieser Oligarchen hat es sich mit Wladimir Putin verschert. Wieder wird über Michail Chodorkowskij gerichtet. **Politik, Seite 3**

Rückschlag für Obama

Ein Bundesrichter hat die Gesundheitsreform für verfassungswidrig erklärt. Der Kongress dürfe die Amerikaner nicht unter Strafandrohung zwingen, eine Krankenversicherung zu kaufen. **Politik, Seite 5**

Arbeitnehmer immer stärker

Fachkräftemangel schafft Probleme, mancher ostdeutsche Betrieb will sogar wieder Tariflohn zahlen. Aber für eringqualifizierte bleibt es schwierig. Ob die Gewerkschaften davon profitieren können? **Wirtschaft, Seite 13**

Der zweite Anlauf

Für seine Stiftung will der querschnittsgelähmte Turner Ronny Ziesmer Millionen sammeln, er möchte Forschung mit der Praxis verbinden sowie durch Authentizität und Kompetenz überzeugen. **Sport, Seite 27**

Fehler im System

Aus der angeblichen „Sammlung Jägers“ gibt es noch mehr Fälschungen, als bisher gedacht, und es liegen erste Untersuchungsergebnisse zu den Gemälden aus dem Kunstskandal vor. **Feuilleton, Seite 31**

Jean Genet, das Monstrum

Muss man ihn verbrennen? Immerhin hat sich der Dichter erst für die Jungs in Wehrmachtsuniformen erwärmt und dann für die Palästinenser. Was bleibt von seinem Werk? **Geisteswissenschaften, Seite N 3**



Er hat es wieder geschafft: Silvio Berlusconi am Dienstag in der italienischen Abgeordnetenversammlung. Die Anhänger des Ministerpräsidenten wehrten mit 314 zu 311 Stimmen ein Misstrauensvotum der Opposition ab.

Foto AFP

Niederlage für Fini im Machtkampf gegen Berlusconi

Der italienische Ministerpräsident übersteht Misstrauensvotum / Krawalle in Rom

jöb. ROM, 14. Dezember. Der italienische Ministerpräsident Silvio Berlusconi hat am Dienstag ein Misstrauensvotum im Abgeordnetenhaus knapp überstanden. Für ihn stimmten 314 Parlamentarier, 311 gegen ihn, zwei enthielten sich. Die Koalition aus Berlusconi, „Volk der Freiheit“ (Pdl) und der Lega Nord hat im Abgeordnetenhaus keine Mehrheit mehr, seit der Präsident des Abgeordnetenhauses Gianfranco Fini im Sommer das Pdl mit einer Gruppe von Abgeordneten verlassen hat. Für Fini ist die Abstimmung eine Niederlage, denn zwei Mitglieder seiner Fraktion „Zukunft und Freiheit für Italien“ (FLI) stimmten nicht mit der Opposition, sondern sprachen dem Ministerpräsidenten das Vertrauen aus. Zuvor hatte Berlusconi schon im Senat bei einer von ihm herbeigeführten Vertrauensabstimmung mit 162 zu 135 Stimmen gesiegt.

Schon währen der Abstimmung im Parlament hatten in Rom, Mailand, Turin und Palermo Zehntausende Studenten gegen steigenden Studiengebühren und die Regierung Berlusconi protestiert. Dabei kam es zu schweren Ausschreitungen. „Es geht längst nicht mehr um die Gebühren“, sagte ein Student im Fernsehen zu Wort: „Wir protestieren auch gegen die verkürzte Oligarchie Berlusconi, gegen Korruption und Machtmissbrauch.“ Vermummte Jugendliche warfen Lack, Tränengas und Knallkörper vor den Senat und Säcke voll Dünger vor den Wohnsitz Berlusconi. In Mailand besetzten sie kurzfristig die Börse, in Palermo die Landebahn auf dem Flughafen.

Noch während der Abstimmung in der Kammer traf sich Berlusconi im Plenum mit dem Führer der oppositionellen christlich-demokratischen UDC, Pier Fer-

nando Casini, und dessen Stellvertreter Rocco Buttiglione. Berlusconi will offenbar versuchen, seine Koalition vergrößern. Schon am Montag hatte er Finis FLI, der UDC und allen „moderaten Kräften“ angeboten, in eine neue Regierung unter ihm einzutreten. Fini hatte dem unter der Voraussetzung zugestimmt, dass Berlusconi noch vor der Abstimmung zurücktreten würde, um dann vom Staatspräsidenten neuerlich mit der Regierungsbildung beauftragt zu werden. Diesem „Diktat“ aber wollte sich Berlusconi nicht beugen: „Ich trete auf keinen Fall zurück.“

Nach der Abstimmung rief Fini seine Fraktion zusammen. Es hieß, es sei unklar, ob sich FLI als eine Bewegung der Mitte halten könne. Fini habe zumindest die „erste Herausforderung“ nicht bestanden. (Fortsetzung Seite 2.)

Berlin: Diskussionsbedarf über EU-Vertragsänderung

Westerwelle spricht von „lösbaren“ Fragen / Trichet hält Rettungsschirm für unzureichend

wmu. BRÜSSEL, 14. Dezember. Die EU versucht vor ihrem Gipfeltreffen an diesem Donnerstag und Freitag, neue Diskussionen über zusätzliche Rettungsaktionen für angeschlagene Euro-Staaten zu vermeiden. Außenminister Westerwelle sagte nach einem Treffen mit den anderen Europa- oder Außenministern am Dienstag in Brüssel, der Gipfel werde sich auf die beiden lang geplanten Tagesordnungspunkte konzentrieren, zu denen jetzt ein Beschluss erforderlich sei. Es handle sich erstens um die genaue Formulierung für die „kleine“ Änderung der Europäischen Verträge, die den von 2013 an geplanten stetigen „Krisenmechanismus“ juristisch absichern soll. Die Bundesregierung hatte auf diese Vertragsänderung gedrungen. Zum anderen soll die Funktionsweise des Krisenmechanismus in groben Umrissen skizziert werden. In

deutschen Regierungskreisen hieß es, im wesentlichen würden sich die Staats- und Regierungschefs dabei an die Beschlüsse der EU-Finanzminister halten. Diese hatten vor gut zwei Wochen beschlossen, dass private Gläubiger an der Umschuldung überschuldeter Euro-Staaten nur von Fall zu Fall beteiligt werden sollten. Mit Blick auf die Vertragsänderung sagte Westerwelle, die Bundesregierung sehe noch in drei Fragen Diskussionsbedarf. Diese seien aber sicher lösbar. Eine abschließende Entscheidung zu beiden Fragen soll aber erst im März fallen.

Die Diskussion über weitere Reformen der Währungsunion hat sich am Dienstag fortgesetzt. Der Präsident der Europäischen Zentralbank (EZB), Jean-Claude Trichet, forderte die Euro-Staaten nicht nur zu schärferen rechtlichen Vorkehrungen gegen überhöhte Staatsverschuldung

auf. Er brachte zusätzlich die Erweiterung des sogenannten Rettungsschirms für die Euro-Staaten ins Gespräch. Dieser ist bislang auf 750 Milliarden Euro beschränkt. Bislang hatten nur einzelne EZB-Ratsmitglieder diese Idee vertreten. Es wird damit gerechnet, dass Trichet seine Forderung auch auf dem Gipfeltreffen vorträgt. Die Bundesregierung hat ihr mehrmals widersprochen. In Regierungskreisen hieß es am Dienstag, die Frage stelle sich nicht, weil bislang nur Mittel für Irland bereitgestellt werden müssten. Außerdem wäre für eine Erweiterung die Zustimmung aller nationalen Parlamente erforderlich. Das sei unrealistisch. Dagegen steht die Bundesregierung der Idee aufgeschlossener gegenüber, das Grundkapital der EZB zu erhöhen. (Fortsetzung und weiterer Bericht Seite 2, siehe Wirtschaft, Seite 11.)

Öffentlicher Dienst will fünf Prozent mehr

rike. BERLIN, 14. Dezember. Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst der Länder fordern eine Gehaltserhöhung um fünf Prozent. Ende 2009 hatten die Gewerkschaften für den öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen ebenfalls fünf Prozent verlangt. „Die wirtschaftliche Lage ist gut“, begründete Verdi-Chef Bsirke die neue Forderung. Die Tarifrunde beginnt am 4. Februar und betrifft 585 000 Angestellte, hinzu kommen 1,1 Millionen Beamte. (Siehe Wirtschaft, Seite 11.)

FBI unterstützt Schweden

mawy. FRANKFURT, 14. Dezember. Nach dem Terroranschlag in Stockholm erhält Schweden Unterstützung aus Amerika. Der Inlandsgeheimdienst Säpo teile am Dienstag mit, sieben Bombenfachleute des FBI hätten mit Untersuchungen an dem verwendeten Sprengstoff begonnen. In Schweden wird nun auch darüber diskutiert, ob die Kompetenzen der Säpo ausreichend seien. Unter anderem werden im Reichstag Abhörmaßnahmen erörtert. (Siehe Seite 6.)

Obama: Holbrooke ein Gigant der Außenpolitik

F.A.Z. WASHINGTON, 14. Dezember. Mit Trauer und Bestürzung haben Politiker und Diplomaten in der Welt die Nachricht vom Tod des amerikanischen Sondergesandten für Afghanistan und Pakistan, Richard Holbrooke, aufgenommen. Präsident Obama würdige Holbrooke als einen „wahren Giganten der amerikanischen Außenpolitik“. Der 69 Jahre alte Holbrooke war am Montagabend nach einer Operation an der Hauptschlagader gestorben. (Siehe Seite 6.)

Alles gut?

Von Klaus-Dieter Frankenberger

Silvio Berlusconi, der vielgeschmähte, aber in Wahlen wiederholt bestätigte italienische Ministerpräsident, hat die Machtprobe mit der Opposition in beiden Kammern des Parlaments in Rom gewonnen; im Senat deutlich, in der Abgeordnetenkammer knapp – er hat alle ihm zur Verfügung stehenden Register der Überzeugung gezogen. Zur Enttäuschung seiner alten und neuen Gegner kann Berlusconi weiterregieren, muss somit nicht bei Präsident Napolitano seinen Rücktritt einreichen, auf dass es zu Neuwahlen komme. Alles gut also für den Cavaliere, dem scheinbar keine Affäre etwas anhaben kann? Und für Italien?

Der Mehrheit, die ihm jetzt zum Verbleib im Amt verholfen hat, kann Berlusconi nicht trauen, auf sie kann er keine stabile Regierung bauen. Es ist kaum vorstellbar, dass sie die Kraft hätte, jene wirtschaftspolitischen Reformen durchzusetzen, die das Land dringend braucht – es steht schließlich unter verschärfter Beobachtung der Märkte – und die sie unter besseren Umständen nicht durchsetzen konnte oder wollte. Bei aller für Italien nicht gerade selbstverständlichen Kontinuität an der Spitze – die letzten Jahre wa-

ren verlorene Jahre. Es besteht wenig Aussicht, dass sich das ändern wird. Verloren hat freilich nicht nur die linke Opposition, die seit Jahren ein trostloses Bild abgibt und nur davon träumen kann, ein ernsthafter Konkurrent um die Macht zu sein. Gescheitert ist auch Berlusconi langjähriger Weggefährte Fini. Der Parlamentspräsident, der sich zum seriösen Politiker mit dem Anspruch auf Staatsmann gewandelt hat, konnte den Regierungschef, mit dem er sich im Sommer überworfene hatte, nicht stürzen. Als es darauf ankam, gingen ihm ein paar Leute von der Fahne. Einfach deshalb, weil Berlusconi die „besseren“ materiellen Argumente hatte?

Beruhigen wird sich die italienische Politik nicht. Trotz ihrer Niederlage wird die Opposition keine Ruhe geben und der Regierung und ihrem Chef hysterisch die Legitimität absprechen. Dass er sich fürs erste gerettet hat, verschafft Berlusconi allenfalls eine Atempause. Schließlich freundet sich sein Koalitionspartner Lega Nord immer mehr mit dem Gedanken an Neuwahlen an. Käme es dazu, wäre nicht auszuschließen, dass Berlusconi abermals eine Mehrheit erzielte, ganz demokratisch. Seine Gegner haben sich schließlich schon mehr als zweimal getäuscht. Bei den EU-Partnern wächst derweil die Sorge, dass Italiens Schwächephase zum Dauerzustand wird.

Sarkozys wechselnde Allianzen

Von Michaela Wiegel

Die europäische Staatsschuldenkrise verändert das politische Machtgefüge zwischen Frankreich und Deutschland. Nicolas Sarkozy entdeckt zusehends, wie unsolide Staatsfinanzen, aufgeschobene Strukturreformen und Versäumnisse bei der Wettbewerbsfähigkeit seine Gestaltungsräume einschränken. Solange politisch-militärische Krisen die europäische Tagesordnung bestimmten, konnte die Nuklearmacht Frankreich mit Veto-recht im UN-Sicherheitsrat ihren Führungsanspruch behaupten. Präsident Sarkozy führte Europa aus der Verfassungsgebungsphase, in die das ablehnende Votum der französischen Wähler die EU gestürzt hatte. In engem Zusammenwirken mit der Bundeskanzlerin ebnete Sarkozy den Weg zum Vertrag von Lissabon. Im russisch-georgischen Konflikt trat der französische Präsident als Chefvermittler auf. Selbst in den Anfängen der Finanzkrise verschaffte sich Sarkozy mit Vorschlägen zur Reform des internationalen Finanzsystems Gehör. Im Zuge der Eurokrise aber gerät Frankreich unvermittelt in die Rolle eines Zweitstärksten. Vorgaben aus Berlin kann sich der französische Präsident – anders als zu Beginn seiner Amtszeit – nicht länger entziehen. Deshalb hat Sarkozy entgegen dem Wahlversprechen im Eiltempo die Finanzierung der Alterssicherung reformiert, einen Sparhaushalt auf den Weg gebracht und weitere Reformen etwa zur europäischen Steuerharmonisierung angekündigt. Das stellt einen nicht zu unterschätzenden politischen Kraftakt dar, der Sarkozy im Präsidentenwahlkampf in gut einem Jahr Wählerstimmen kosten dürfte. Es sei an die damals mit Stirnrundeln in Berlin aufgenommenen Steuer-senkungen erinnert, mit denen Sarkozy 2007 einen „Wachstumsschock“ erzeugen wollte, oder an die „Große Staatsanleihe“, mit der Frankreichs „Zukunftsfähigkeit“ auf Kredit gesichert werden sollte. Von solchen für die Staatsfinanzen verheerenden Abenteuer hat sich Sarkozy unter dem Einfluss der Bundeskanzlerin abgewandt.

Der Druck der Finanzmärkte hat Sarkozys Bekehrung zur deutschen Stabilitätskultur beschleunigt. Premierminister Fillon gestand kürzlich ein, dass er jeden Morgen als erstes die Entwicklung der Risikoauflage (Spreads) zwischen Frankreich und Deutschland studiere. Die Staatsschuldenkrise wirft Frankreich in eine Lage zurück, die es mit Einführung des Euro überwunden zu haben glaubte. Ähnlich wie in den Jahren des „franc fort“ (des an die D-Mark gekoppelten starken Franc) ist Frankreich gezwungen, seine Politik am deutschen Modell auszurichten. Das ruft die Gegner der gemeinsamen Währung wach, die 1992 im Referendum über den Vertrag von Maastricht ihr Ziel nur knapp verfehlt haben. Annähernd 49 Prozent der Franzosen stimmten damals dagegen, dass

sich die Europäer in einer Wirtschafts- und Währungsunion aneinander binden. Worüber in Deutschland heute unter dem Vorzeichen „Was wäre wenn“ diskutiert wird, ist in Frankreich längst parteipolitisch zu greifen. Die starke populistische Partei am rechten Rand, „Front National“, hat sich einen „Ausstieg aus dem Euro“ in das Programm geschrieben. Die Tochter des Parteigründers, Marine Le Pen, die sich im Januar zur neuen Parteichefin krönen lassen will, wird nicht müde, die „Entmündigung“ Frankreichs durch den Euro anzuprangern. Der Sparkurs, gepaart mit einer hohen Arbeitslosenrate, liefert den Nährboden für ihre eurofeindliche Stimmungsmache. Gerade hat Marine Le Pen einen 12-Punkte-Plan vorgestellt für einen schrittweise

Der Präsident will Europa mit mehr Erfolg gestalten als seine Vorgänger.

erfolgenden französischen Rückzug aus der Währungszone.

Aber auch auf der Linken hat die Eurokrise das schwelende Unbehagen an der EU wieder entfacht. Bis weit in die Sozialistische Partei reicht das Spektrum derjenigen, die einen Vertrag am europäischen Ideal beklagen. Linkspatriotische Wortführer wie der frühere Innenminister Jean-Pierre Chevènement kritisieren den Souveränitätsverlust Frankreichs, der einem „deutschen Europa“ den Weg ebne. Kommunisten und antikapitalistischen Splitterparteien geht es darum, die Eurozone als Ergebnis deutscher ordoliberaler Ideen abzuschaffen.

Das Zweckbündnis der Europakritiker von rechts und links hat 2005 den europäischen Verfassungsvertrag im Referendum zu Fall gebracht. Die Erfahrung wirkt nach. Der Präsident weiß, dass europäische Errungenschaften nicht länger von einer sicheren Mehrheit in der Bevölkerung getragen werden. Sarkozy will den Franzosen zeigen, dass er weiterhin Europa gestaltet. Er sucht in wechselnden Allianzen, mal mit, mal gegen die Bundeskanzlerin, seinen Führungsanspruch zu verteidigen. Im Frühjahr trat er als Fürsprecher der südlichen Euro-Staaten auf, bis der Kompromiss über die „Rettung“ Griechenlands und den europäischen Rettungsschirm erzielt war. In Deauville ließ er das Bündnis mit Berlin aufleben, um „automatische“ Sanktionen gegen Haushaltssünder zu verhindern. In Freiburg verteidigte er die Ablehnung von Eurobonds und Frau Merkel gegen Kritik aus Luxemburg und Italien. Sein Ziel verliert Sarkozy nicht aus den Augen. Er will erreichen, was die französischen Väter der Währungsunion nicht durchsetzen konnten: einen Pakt für eine koordinierte Wirtschafts-, Haushalts- und Steuerpolitik aller Länder im Euroraum.



Briefe an die Herausgeber 8
Natur und Wissenschaft N1
Geisteswissenschaften N3
Stimmen der Anderen 2
Impressum 4

Deutschland und die Welt 9
Zeitgeschehen 10
Wirtschaft 11
Unternehmen 14
Menschen und Wirtschaft 16

Wetter 18
Finanzmarkt 19
Recht und Steuern 21
Kurse 22
Sport 27

Feuilleton 29
Medien 35
Fernsehen und Hörfunk 36
Forschung und Lehre N5
Jugend schreibt N6

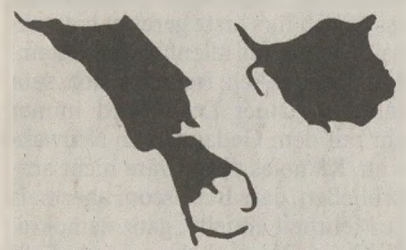
STREIFZÜGE

Helgoland

Besetzte Insel besetzt

Am 20. Dezember vor sechs Jahrzehnten fuhren zwei Studenten aus Heidelberg zur damals von den Briten besetzten Insel Helgoland hinüber und „besetzten“ sie ihrerseits. Georg von Hatzfeld, später ein bekannter deutscher Verleger und Politiker, starb im Jahr 2000. René Leudesdorff wurde Geistlicher und schrieb später sein Buch „Wir befreiten Helgoland“. Ihrer Tat widmet sich zum Jubiläum eine Ausstellung im Helgoländer Museum, die am 19. Dezember eröffnet wird.

Beide werden an diesem Tag auch „verdiente Bürgern der Gemeinde Helgoland“. Hatzfeld und Leudesdorff wollten mit ihrer Aktion auf eine der ungelösten Fragen nach dem Zweiten Weltkrieg aufmerksam machen. Die Helgoländer hatten die Insel verlassen müssen. Die Royal Air Force übte hier den Bombenabwurf. Die „Besetzung“ war eigentlich eine gefährliche Schnapsidee. Aber sie wurde international bekannt, weil in der nachrichtenarmen Zeit der Weihnachtstage ausführ-



Was erkennen Sie?

Foto Archiv

lich darüber berichtet wurde, auch in Großbritannien. So kamen die Dinge in Bewegung. Übrigens waren die Studenten Hubertus Prinz zu Löwenstein-Wertheim-Freudenberg zuvorgekommen, der am 29. Dezember auf Helgoland landete – mit einem Amerikaner an Bord, um zu verhindern, dass sein Boot angegriffen würde. Später gab es einen Streit darüber, wer die Idee dazu hatte, Helgoland auf diese Weise wieder in den Blick der Öffentlichkeit zu bringen. Die beiden Studenten gelten als Begründer des zivilen Ungehorsams in der Bundesrepublik, wenn auch unfreiwillig. Am 3. Januar 1951 holten britische Offiziere die Besetzer zurück. Nun begannen Verhandlungen zwischen Bundeskanzler Konrad Adenauer und dem Hochkommissar Ivone Kirkpatrick. Am 21. Februar 1951 beschloss der Verteidigungsausschuss des britischen Kabinetts, die Insel zum 1. März 1952 freizugeben. An diesem Tag konnte der Kieler Ministerpräsident Friedrich-Wilhelm Lübke Helgoland offiziell in deutsche Verwaltung übernehmen. Die Helgoländer durften heimkehren. Bis heute ist der 1. März auf Helgoland ein Feiertag. Heute gibt es freilich auch die Meinung, es wäre besser gewesen, die Insel nicht mehr zu besiedeln – wegen der Herausforderungen an Küstenschutz, Versorgung, Hafenanlagen und an den Tourismus, bei dem die Zahlen nicht mehr so gut sind wie früher. Aber das ist doch mehr im Scherz gemeint. FRANK PERGANDE

Heute

Stillhalten bei Datteln IV

Die Stadt im Ruhrgebiet macht sich Sorgen, dass ein neues Kohlekraftwerk nicht fertiggebaut werden könnte. Seit einem Urteil ruhen die Bauarbeiten, und Rot-Grün schützt den Koalitionsfrieden. **Politik, Seite 4**

Wahlfälschung im Kosovo?

Nach der Parlamentswahl haben mehrere Parteien Widerspruch gegen das vorläufige Resultat angekündigt, da die Abstimmung von massiven Unregelmäßigkeiten begleitet worden sei. **Politik, Seite 7**

55 Jahre, verheiratet

Die Fahnder sind sich sicher, mit der Festnahme eines 55 Jahre alten Verdächtigen die beiden aufsehenerregenden Tötungsdelikte auf Parkplätzen aufgeklärt zu haben. **Deutschland und die Welt, Seite 9**

Stühlerücken

Bundesaußenminister Guido Westerwelle (FDP) will die Leitungsebene des Auswärtigen Amtes neu ordnen. Er ist mit seiner politischen Durchschlagskraft nicht rundum zufrieden. **Zeitgeschehen, Seite 10**

Wissenschaftler

Der neue iranische Außenminister Ali Akbar Salehi ist kein Karriere-diplomat, sondern Wissenschaftler. In Sachen Atomprogramm wird er stärker Ahmadineschads Meinungen vertreten. **Zeitgeschehen, Seite 10**

Gefährliche Bürgschaften

Folgte die Eurogruppe dem Plan ihres Vorsitzenden Juncker, säßen eines Tages nicht mehr die soliden Bürgen am Ruder, sondern die hoch verschuldeten Staaten. Mehr noch als die höheren Zinsen, welche die Bundesregierung im Falle gemeinsamer Euro-Anleihen zahlen müsste, fürchten deutsche Fachleute ein Ende der Budgetdisziplin.

Von Stefan Ruhkamp

FRANKFURT, 14. Dezember. Was Freunde selbst in der Not nur selten voneinander verlangen würden, soll auf der Ebene der Staaten nun aus der Schuldenkrise führen: die gemeinsame Schuldenaufnahme. Luxemburgs Ministerpräsident Jean-Claude Juncker, Vorsitzender der Eurogruppe, fordert zusammen mit Italiens Finanzminister Mario Tremonti die Einführung sogenannter Euro-Anleihen (auch „Euro-Bonds“). Die Staaten des Euro-Raums sollen – so lautet der Vorschlag – gemeinsame Anleihen begeben und gemeinsam dafür haften. Das werde den finanzschwachen Staaten wieder Zugang zum Kapitalmarkt, also erträgliche Zinsen für neue Schulden verschaffen. Nicht die ganze Schuld solle gemeinsam finanziert werden, sondern zum Beispiel der Betrag, der 40 oder 60 Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung des Schuldenlandes entspricht. Wer noch mehr Schulden aufnehmen muss, solle das wie bisher allein tun.

Verwirrend sind schon die Begriffe, denn Euro-Anleihen gibt es, seit es den Euro gibt. Üblicherweise sind damit einfach in Euro denominierte Schuldtitel gemeint, die von einzelnen Unternehmen oder Staaten begeben werden. Selbst das Konzept, dass Länder gemeinsam Anleihen begeben, ist nicht neu. Die deutschen Bundesländer arbeiten seit Jahren bei der Finanzierung über den Kapitalmarkt zusammen. Immer wieder findet sich eine Gruppe zusammen und begibt gemeinsam eine Anleihe, weil die Investoren grö-

ßere Emissionen wegen der besseren Handelbarkeit schätzen. Dabei haften die einzelnen deutschen Länder aber immer nur für den Teil der Emissionssumme, der ihnen zufließt.

Doch ein solches Konzept schwebt Juncker und Tremonti nicht vor; es würde den finanzschwachen Euro-Staaten auch nicht weiterhelfen. Eine sogenannte teilschuldnerische Haftung – jeder haftet für seinen Teil der Anleihe – würde dazu führen, dass der Schuldtitel nach den Gepflogenheiten der Ratingagenturen die Bonitätsnote des schwächsten Schuldner erhalten würde. In der politischen Diskussion sind deshalb unter den Begriffen Euro-Anleihen oder Euro-Bonds Anleihen gemeint, für die gesamtschuldnerisch gehaftet wird. Jedes Land würde demnach auch für die Rückzahlung der Summen geradestehen, die anderen zugeflossen sind.

Da die Anleihen nach diesem Szenario nicht mehr allein etwa von Irland, Spanien oder Griechenland begeben werden, wäre zu erwarten, dass der Zinssatz deutlich unter dem liegen würde, was diese Länder heute bieten müssen, um Gläubiger zu finden. Andererseits wäre der Zinssatz aber so hoch, dass sich die Finanzierungskosten von finanzstarken Staaten wie Deutschland, Finnland oder den Niederlanden erhöhen würden. Jean-Claude Trichet, der Präsident der Europäischen Zentralbank, besteht zwar darauf, dass man Kredite oder Garantien nicht mit Transferzahlungen oder Subventionen verwechseln dürfe. Aber genau das wäre der wirtschaftliche Effekt einer Haftungsgemeinschaft: Die starken Länder würden die überschuldeten mit Bürgschaften unterstützen. Ihren Vor- und Nachteil können sich die Beteiligten in Euro und Cent ausrechnen.

Die Bundesregierung schätzt den Nachteil für Deutschland langfristig auf eine Größenordnung von jährlich 17 Milliarden Euro. Die Summe ergibt sich aus dem Abstand zwischen der durchschnittlichen Verzinsung aller Euro-Staatsschulden und der durchschnittlichen Verzinsung der deutschen Schuldtitel. So teuer würde es also für Deutschland, wenn alle Staatsschulden in der Währungsunion eines Tages gemeinsam finanziert würden. Man muss dieser Schätzung, die ein taktischer Zug zur Vorbereitung künftiger Verhandlungen sein könnte, nicht blind folgen, aber sie verdeutlicht die Größenordnung.

Einige Banken schätzen die aus einer gemeinsamen Finanzierung resultierenden zusätzlichen Lasten niedriger ein, unter anderem, weil Investoren üblicherweise besonders große Anleihen schätzen. Eine geringere Zinslast könnte zudem erreicht werden, wenn die Bürgschaften der Staaten höher als die eigentliche Emissionssumme der Anleihen wäre. Einer solchen Übersicherung bedient sich auch der Stabilisierungsfonds EFSF, um an eine sehr gute Bonitätsnote und damit geringe Finanzierungskosten zu kommen. Doch der Kniff ist nicht kostenlos. Eine solche Übersicherung führt dazu, dass die notwendigen Bürgschaften deutlich größer als die finanzierten Schulden sein müssen. Das beruhigt den Käufer der Anleihe, dem dank der Übersicherung auch dann kein Nachteil entsteht, wenn einer der Bürgen nicht zahlen kann. Für jeden einzelnen Staat treibt das jedoch die maximale Haftung je Anleihe in die Höhe.

So wird es der Europäische Stabilisierungsfonds EFSF („European Financial Stability Facility“) praktizieren und hat sich damit ein „AAA“-Rating gesichert. Das ist die Bestnote, die auch Deutschland trägt. Im Januar begibt der EFSF seine erste Anleihe, um die Irland zugesagten Hilfskredite zu finanzieren. Für den gesamten Fonds, also für die Rückzahlung dieser und etwaiger künftiger Anleihen haftet Deutschland mit bis zu 120 Milliarden Euro. Hinzu kommen die Garantien der 13 anderen Staaten des Euro-Raums – Griechenland und Irland sind hilfsbedürftig und können deshalb nicht bürgen.

Auch in dieser Hinsicht gibt es also gewissermaßen schon eine Art „Euro-Anleihe“. Der deutsche Vorstandsvorsitzende des EFSF, Klaus Regling, hat sich bereits aufgeschlossen gegenüber der Idee einer dauerhaften gemeinsamen Finanzierung der Euro-Staaten gezeigt. Deutschland und andere Staaten fürchten aber, dass der Trend zur Transferunion unkontrollierbar wird. Die zu erwartenden größeren Zinslasten aus der gemeinsamen Finanzierung wären wohl noch am leichtesten zu verschmerzen, zumal sich ein Modell finden ließe, bei dem die schwachen Länder einen Teil ihres Zinsvorteils wiederum den Starken überweisen.

Die wesentlichen Unterschiede zwischen dem EFSF-Modell und der Euro-

Anleihe nach Junckers Vorstellungen sind die angestrebte gesamtschuldnerische Haftung und der zu erwartende Automatismus. Der Stabilisierungsfonds EFSF wird nach heutigem Recht nur tätig, wenn ein Land in eine finanzielle Notlage gerät und um Hilfe bittet. Dann müssen die Regierungen der bürgenden Staaten einstimmig entscheiden. Manche deutschen Fachleute befürchten dagegen, dass für die gemeinsame Begebung von „Juncker-Anleihen“, wenn diese jetzt eingeführt würden, im Sinne der Logik der europäischen Integration eines Tages Mehrheitsentscheidungen im Ministerrat ausreichen würden. Außerdem ist heute für die Finanzierung über den EFSF eine die Stabilität des Währungsraums bedrohende Notlage die Voraussetzung. Setzte Juncker sich durch, würden Euro-Anleihen dagegen laufend begeben, um die Schulden insgesamt zu finanzieren.

Am meisten würde wohl die gesamtschuldnerische Haftung das europäische Gefüge verschieben. Denn die Kredite des EFSF werden nur unter strikten Auflagen vergeben, die zudem vom Internationalen Währungsfonds und der Europäischen Zentralbank überwacht werden. Mit der Kreditaufnahme verpflichten sich die Schuldner, ihren Haushalt in Ordnung zu bringen. Verstoßen sie gegen die Auflagen, fließen keine neuen Hilfskredite und es tritt der Zustand ein, den die Regierungen vermeiden wollten: die Zahlungsunfähigkeit. Auch für gewöhnlich unsolide wirtschaftende Staaten ist das eine disziplinierende Drohung.

Mit der gesamtschuldnerischen Haftung würde diese Sanktion jedoch aufgegeben. Es würde sich im Gegenteil eine zusätzliche Bindung ergeben. Denn je größer der Schuldenberg finanzschwacher Länder wird, für den stärkere Länder wie Deutschland haften, desto größer würde das Drohpotential der Schuldner. Die Einstellung der Zahlung könnte dann auch die finanzstärkeren Länder bedrohen. Denn finanzschwache Länder könnten die Begebung neuer Euro-Anleihen mit der Drohung erzwingen, dass die anderenfalls alte Schulden aus gemeinsamen Anleihen nicht bedienen könnten. So könnte die gesamtschuldnerische Haftung die Währungsunion auf den Kopf stellen: Am Steuer säßen nicht länger die Bürgen, sondern die hochverschuldeten Staaten.

Fortsetzung von Seite 1

Diskussionsbedarf auf EU-Gipfel

Wenn die Zentralbank dieses Anliegen an die Staats- und Regierungschefs herantrage, werde sie die Bundesregierung „positiv begleiten“, sagte ein hoher Regierungsbeamter in Berlin. Westerwelle wiederholte in Brüssel die deutsche Ablehnung des Vorschlags, in der Eurogruppe künftig gemeinsame Anleihen zu begeben. „Wenn einige Länder für die Schulden von ganz Europa geradestehen sollen, dann hat das nur den Effekt, dass der Anreiz, auch sparsam zu wirtschaften, dramatisch nachlässt“, sagte der Minister.

EU-Ratspräsident Van Rompuy hat in einem ersten Vorschlag eine zwei Sätze umfassende Fassung für die Vertragsänderung vorgeschlagen. Sie lautet: „Die Mitgliedstaaten, deren Währung der Euro ist, können einen Stabilitätsmechanismus schaffen, um die Stabilität der Euro-Zone als Ganzes zu sichern. Die Bewilligung finanzieller Hilfen wird unter strikte Bedingungen gestellt.“ In Regierungskreisen hieß es, dieser Entwurf solle „nicht wesentlich länger werden“. Allerdings wolle die Bundesregierung gesichert wissen, dass sich die EU in drei Fragen einig sei. Erstens, so erläuterte Westerwelle, dürfe der künftige Mechanismus nur als letztes Mittel in Anspruch genommen werden, wenn die Währung insgesamt bedroht sei. Anderweitige Rettungsaktionen für einzelne Länder dürften damit nicht legitimiert werden. Zweitens dürfe über die Gewährung von Finanzhilfen nur einstimmig entschieden werden. Drittens dürfe die Einbeziehung privater Gläubiger von 2013 an, wie sie die Finanzminister beschlossen hatten, nicht mehr in Frage gestellt werden.

In Berlin wird befürchtet, dass einzelne Länder dieses „Paket“ noch einmal aufschürren wollen. Die Vertragsänderung sei noch nicht in trockenen Tüchern, hieß es in Regierungskreisen. Westerwelle wollte zu den offenen Punkten keine Stellung nehmen. Er sagte lediglich, er habe für seine Position von vielen Ländern Unterstützung erfahren. „Der Eindruck, dass Deutschland in der EU alleine steht, ist völlig falsch.“

Fortsetzung von Seite 1

Niederlage für Fini – Mehrheit für Berlusconi – Krawalle in Rom

Fini wurde offenbar vorgehalten, dass es ihm weder gelungen sei, Berlusconi zu stürzen noch seine Gruppe zusammenzuhalten. Die Fini-Parlamentarierin Katia Polidori, die für Berlusconi stimmte, wurde als „Verräterin“ beschimpft. Wegen ihr war es war es in der Kammer zu einem Handgemenge zwischen „Finianern“ und Abgeordneten von Berlusconi Koalitionspartner „Lega Nord“ gekommen. Fini sagte nach der Abstimmung, Berlusconi habe nur „numerisch“ gesiegt. „Er kann nicht sagen, dass er gewonnen hat. Das wird sich auf dem weiteren politischen Weg zeigen.“

Der Präsident der Region Apulien, Niki Vendola, der zu einer kleinen linken Partei gehört, sprach vom Ende der „neuen Mitte“. „Die gibt es nicht.“ Die Abgeordnete der oppositionellen Demokratischen Partei (PD), Laura Garavini, sagte: „Das ist kein politischer Erfolg für Berlusconi, sondern ein erkaufter Sieg.“ Eine Handvoll Abgeordneter habe den Versprechungen von Berlusconi nicht widerstehen können. „Mit dieser hauchdünnen Mehrheit aber hat die Regierungskoalition keine Zukunft.“ Auch wenn Berlusconi versuche, seine Koalition zu erweitern, seien deren innere Widersprüche so groß, dass keine handlungsfähige Regierung zustande kommen werde.

Verteidigungsminister Ignazio La Russa, der einst ein Parteigänger von Finis in der „Alleanza Nazionale“, bevor diese das Bündnis mit Berlusconi „Forza Italia“ einging, bezichtigte die Anhänger



Krawalle in Rom: Demonstranten prügeln auf einen Polizisten ein, der sich kurz darauf retten kann.

Foto AFP

STIMMEN DER ANDEREN

Die Schweden wollen keinen Überwachungsstaat
Die Tageszeitung „Svenska Dagbladet“ (Stockholm) äußert zur Überwachung gewaltbereiter Radikalisierungsmethoden wie dem Stockholmer Selbstmordattentäter:

„Nach dem Stockholmer Selbstmordattentat fragte ein Journalist die Sicherheitspolizei, ob sie denn nicht auch Facebook überwache. Keine dumme Frage, denn der Selbstmord-Bomber hatte hier seine Radikalisierung offenbart . . . Wir wollen aber keine Gesellschaft, in der die Polizei Facebook nach unangenehmen oder provozierenden Ansichten durchkämmt. Eine derart totale Kontrolle wäre für eine offene und freie Gesellschaft nicht hinnehmbar . . . Wir haben keinen Überwachungsstaat.“

Das Klima als politische Schnecke
Zum Ergebnis des Weltklimagipfels jüngst in Mexiko heißt es in der „Basler Zeitung“:

„Bei Lichte besehen ist die Gipfel-Ausbeute . . . mehr als bescheiden. Was die Begrenzung der Klima-Erwärmung angeht, musste man offenbar nochmals zurück an den Start: Zunächst einmal galt es, einen Konsens darüber zu finden, wozu man sich denn überhaupt immer wieder die Mühe eines weiteren ewöchigen Sitzungsmarathons mache: Seit wie vielen Jahren gilt nun das Zwei-Grad-Ziel unter Experten als Gemeinplatz, als weitherum akzeptierte Zielvorgabe für den politischen Prozess? Egal, in Cancún wurde eine Woche lang vor allem darum gerungen, die Obergrenze von zwei Grad endlich verbindlich festzuschreiben . . . Das Problem ist zunehmend die Zeit. Wenn so weiterverhandelt wird wie im Moment, dann finden wir womöglich eine Lösung, die der Welt dann gar nichts mehr nützt.“

Guttenberg sollte es nicht zu weit treiben
Die „Leipziger Volkszeitung“ befasst sich mit der Afghanistan-Reise des Ehepaars zu Guttenberg:

„Sicherlich erhöht es den PR-Faktor gewaltig, dass Verteidigungsminister zu Guttenberg seine attraktive und TV-erprobte Frau in der Rolle der besorgten Soldatenmutter mit nach Afghanistan nahm. Schließlich sind die beiden Adeligen das Glamour-Paar der deutschen Politik. Aber wenn die Opposition nun den Verteidigungsminister als Staatsschauspieler beschimpft, der die Bundeswehr nur als Dekoration benutze und sie vom Kampf gegen die Taliban abhalte, dann hat das zum Teil irrationale Züge und verbirgt nur mühsam den Neid auf die hohen Beliebtheitswerte des CSU-Politikers. Was die Opposition schier zur Weißglut bringt, dürften die Soldaten anders sehen. Denn was sie am Hindukusch vermissen, ist das Interesse der Heimat an ihrem gefährlichen Job. Kritik aus der Ferne lässt sich leichter abfeuern . . . Zu Guttenberg muss aber aufpassen, dass er es mit der Inszenierung nicht zu weit treibt.“

Ist doch nett, zu Weihnachten!
Die „Pforzheimer Zeitung“ sieht vor allem „eine hübsche Geste zu Weihnachten, die ankommt“:

„Der Verteidigungsminister ist ein Meister der Inszenierung. Er weiß, dass ein paar schöne Fotos mit ein paar schönen Menschen darauf Wunder wirken fürs Image. Inhalte? Viel zu schwer zu verstehen. Die Wahrheit über den Afghanistan-Einsatz? Will doch keiner hören. Stattdessen macht Guttenberg Symbolpolitik: Zu Weihnachten ein Truppenbesuch zusammen mit der Ehefrau – eine hübsche Geste, die ankommt.“

Nötig wäre eine nüchterne Afghanistan-Bilanz
„Der neue Tag“ (Weiden) erwartet von Verteidigungsminister zu Guttenberg weniger Glamour und „mehr ehrliche Afghanistan-Bilanz“:

„Alle zwei Monate, so die Ankündigung, will der Verteidigungsminister den Soldaten in Afghanistan seine Aufmerksamkeit machen. Man darf gespannt sein, wie er sich bei den nächsten Reisen ins Kriegsgebiet in Szene setzen will. Stattdessen stünde dem Verteidigungsminister ein ganz anderer Auftritt gut zu Gesicht: Eine ehrliche Bilanz dessen, was die deutschen Soldaten in Afghanistan erreicht haben. Wie viele Aufständische haben sie hinter Schloss und Riegel gebracht, wie viele mussten sie töten? Was haben sie zum Wiederaufbau des Landes beigetragen? Auf eine solche ehrliche Bilanz wartet.. die Menschen an der Heimatfront bisher vergebens.“

Tacitus, Honecker und die FDP
Die „Berliner Zeitung“ beschäftigt sich mit dem fortgesetzten Abstieg der FDP:

„Nicht mal zehn Monate hat es gedauert, bis die FDP von der spätrömischen Dekadenz in die spätsozialistische Ignoranz gerutscht ist – von Tacitus zu Honecker. Die FDP ist wieder dort angekommen, wo sie der alte junge Generalsekretär Westerwelle vor anderthalb Jahrzehnten einst vorfand: an der Fünf-Prozent-Hürde. Jetzt sollte er sich und seiner Partei den Gefallen tun, im Mai nicht wieder als Vorsitzender anzutreten. Dann hätte die FDP gut zwei Jahre vor der nächsten Bundestagswahl so etwas wie einen Neuanfang geschafft – und würde jede Ähnlichkeit mit der spätsozialistischen DDR ein für alle Mal ins Reich der unpassenden Vergleiche verbannen.“

Öffentlicher Dienst fordert 5 Prozent mehr

rike. BERLIN, 14. Dezember. Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst der Länder sollen 50 Euro mehr im Monat bekommen und darüberhinaus ein Plus von 3 Prozent. Mit dieser Forderung wollen die Gewerkschaften in die Tarifrunde ziehen. Insgesamt summiere sich die Forderung auf 5 Prozent, sagte der Vorsitzende der Gewerkschaft Verdi, Frank Bsirske, am Dienstag in Berlin. Ende 2009, also noch in der Krise, hatten die Gewerkschaften für den öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen ebenfalls 5 Prozent verlangt. „Die gesamtwirtschaftliche Lage ist gut“, begründete Bsirske die aktuelle Forderung. Sie trage aber auch der Tatsache Rechnung, dass die Finanzlage der Länder angespannt sei. „Das ist eine andere Situation als in der Chemischen Industrie.“ Für diese Branche hatte die Gewerkschaft IG BCE gerade 6 bis 7 Prozent mehr Geld gefordert.

Betroffen von der Ländertarifrunde, die am 4. Februar beginnt, sind 585 000 Angestellte, hinzu kommen 1,1 Millionen Beamte und die Beschäftigten in Hessen und Berlin, deren Dienstherren separat verhandeln. Die Forderung der Gewerkschaften – Verdi, Beamtenbund, Lehrergewerkschaft GEW und Gewerkschaft der Polizei – würde die Länderhaushalte mit 3,6 Milliarden Euro im Jahr belasten. Die Länder lehnten die Forderung als unrealistisch ab. Neben dem Entgeltplus wollen die Gewerkschaften auch einen Bonus für ihre Mitglieder durchsetzen; sie sollen etwa mehr Urlaub oder Urlaubsgeld bekommen. Der derzeitige Tarifvertrag läuft Ende des Jahres aus. Für den neuen wollen die Gewerkschaften eine Laufzeit von 14 Monaten durchsetzen. Dann könnten sie wieder gleichzeitig für Länder, Bund und Kommunen verhandeln. Seit dem Austritt der Länder aus der Tarifgemeinschaft, war diese Parallelität aufgehoben. Für die Gewerkschaften hätten synchrone Verhandlungen den Vorteil, dass sie auf die Streikmächtigkeit der Kommunalarbeiter bauen könnten – etwa im Nahverkehr oder bei der Müllabfuhr. (Komentar, Seite 18)

Heute

Anwälte wollen 15 Prozent

Deutschlands Rechtsanwälte wollen mehr Geld: Der Deutsche Anwaltverein und die Bundesrechtsanwaltskammer verlangen eine Erhöhung der gesetzlichen Honorare um 15 Prozent. **Seite 12**

Arbeitnehmer an die Macht

Durch den Fachkräftemangel verschieben sich die Gewichte zwischen Arbeitgebern und Beschäftigten. Die Gewerkschaften wollen davon profitieren. **Seite 13**

Lanxess kauft von DSM zu

Der Leverkusener Spezialchemie-Konzern Lanxess erwirbt das Synthetikgummi-Geschäft von DSM und untermauert damit seine ehrgeizige Wachstumsstrategie. **Seite 14**

Der Audi A1 läuft nicht

Audi steuert auf einen Rekord zu. Die einzige Enttäuschung ist ausge-rechnet das Auto, in das Audi die größten Erwartungen gesetzt hat: Der neue Kleinwagen A1. **Seite 14**

Mit Kupfer zum Erfolg

Im Rückenwind der rasant gestiegenen Kupferpreise ist die Hamburger Aurubis AG durchgestartet. Europas größter Kupferkonzern hat den Gewinn verdreifacht. **Seite 15**



Der Gekränkte

Das Verhältnis ist stark abgekühlt: Jean-Claude Juncker kann nicht mehr zwischen Deutschland und Frankreich vermitteln – er verliert deshalb an Bedeutung. **Seite 16**

Datenschutz im Internet

Datenschützer sollen künftig auch Veröffentlichungen im Internet kontrollieren. Doch dann werden sie zur Zensurbehörde, warnen Rechtsanwälte. Recht & Steuern. **Seite 21**

EZB will ihr Eigenkapital auf mehr als 10 Milliarden Euro verdoppeln

EZB-Präsident Trichet für Ausweitung des Europäischen Rettungsfonds

ruh. FRANKFURT, 14. Dezember. Die Europäische Zentralbank strebt die Erhöhung ihres Eigenkapitals an. Im Umfeld der EZB wurden Gerüchte bestätigt, dass eine Verdoppelung des Kapitals im Gespräch sei. Dies stehe auf der Tagesordnung auf dem nächsten EZB-Rat am Donnerstag, hieß es. Die Zentralbank, die Bundesbank und andere Notenbanken des Euro-Systems lehnten einen Kommentar ab. Aus Kreisen der Bundesregierung verlautet, gegen eine Kapitalerhöhung sei nichts einzuwenden. „Falls es die EZB für nötig hält, das Kapital aufzustocken, dann werden wir es positiv begleiten“, sagte ein hochrangiger Regierungsbeamter. Sie verspreche sich davon vermutlich eine Stärkung ihrer Basis, damit die Märkte sähen, dass sie weiter gut kapitalisiert sei, auch wenn sie zusätzliche Anleihen kaufe. Das formale Verfahren zur Kapitalaufstockung sei noch nicht gestartet worden.

„Falls die EZB Kapital aufstocken will, werden wir es positiv begleiten.“

Ein hochrangiger Regierungsbeamter

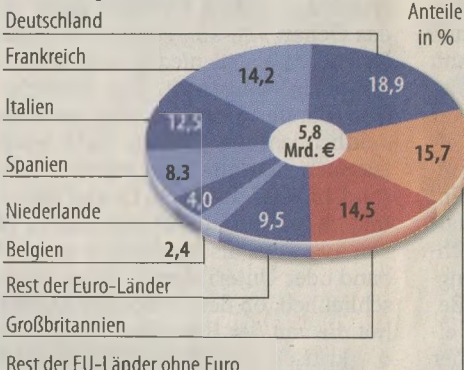
Die Europäische Zentralbank hat 5,8 Milliarden Euro an Grundkapital, wovon rund 4 Milliarden Euro eingezahlt sind. Die angestrebte Kapitalerhöhung weckte am Dienstag Spekulationen, dass die EZB Verluste aus dem Kauf von Staatsanleihen befürchtet. Seit Mai hat sie gut 72 Milliarden Euro für griechische, portugiesische, irische und spanische Anleihen ausgegeben, um deren Renditen zu drücken. Im Falle des Zahlungsausfalls eines oder mehrerer dieser Länder, kämen auf die EZB und die nationalen Notenbanken des Euro-Systems erhebliche Verluste zu.

Im Umfeld der Notenbanken versuchen die Verantwortlichen am Dienstag den Eindruck zu zerstreuen, es bestehe ein Zusammenhang zwischen der Kapitalerhöhung und den Anleihekäufen. Die Gespräche über eine mögliche Kapitalerhöhung würden schon seit etwa einem Jahr geführt. Anlass seien nicht die Anleihekäufe, die erst im Mai dieses Jahres begonnen haben, sondern das Anwachsen der Bilanzsumme der EZB über die Jahre. Die gesamte Bilanz des Euro-Systems ist auf knapp 2000 Milliarden Euro angewachsen, wovon 137 Milliarden Euro auf die EZB selbst entfallen, der Rest auf die 16 nationalen Notenbanken. Das Eigenkapital und die offenen Rücklagen des gesamten Systems betragen knapp 80 Milliarden Euro. Hinzu kommen allerdings weitere stille Reserven, zum Beispiel bei der Bundesbank aus der Neubewertungsreserve für Goldbestände. Diese Rücklagen werden für das gesamte System auf rund 300 Milliarden Euro geschätzt.

Gleichwohl wird auch in einigen der nationalen Notenbanken offenbar angestrebt, die Kapitalbasis zu stärken. So be-



Das Kapital der EZB



5,8 Milliarden Euro

Aktuell verfügt die Europäische Zentralbank über ein Grundkapital von 5,8 Milliarden Euro. Weil durch die Anleihekäufe im Volumen von bislang 72 Milliarden Euro die Risiken gewachsen sind, halten einzelne Notenbanker eine Aufstockung für nötig. Offiziell wollen sich weder die EZB noch die nationalen Notenbanken zu dem Thema äußern. Täglich sind sie mit neuen Spekulationen rund um die europäischen Finanzhilfen konfrontiert. Foto Daniel Pilar

müht sich die österreichische Nationalbank um eine Gesetzesänderung. Bislang überweist sie 90 Prozent des Gewinns an den Staatshaushalt. Künftig sollen es nur „bis zu 90 Prozent“ sein. Auf diese will Notenbank-Gouverneur Ewald Nowotny die Rücklagen um jährlich 200 Millionen Euro stärken. „Wir sehen, dass die Risiken im Euro-System für die Zentralbanken wachsen, weil wir zusätzliche Risiken übernommen haben“, sagte er in der vergangenen Woche. „Deshalb brauchen wir im gesamten Euro-System eine bessere Kapitalbasis der Zentralbanken.“

Sollte das Kapital der EZB aufgestockt werden, müsste bei einer Verdoppelung auf dann rund 11 Milliarden Euro die Bundesbank etwa 1 Milliarde Euro der Erhöhung tragen. Dieses Geld würde dann nicht für die jährliche Gewinnausschüttung an den Bundshaushalt zur Verfügung stehen.

Unterdessen hat sich EZB-Präsident Jean-Claude Trichet dafür ausgesprochen, den Europäischen Rettungsfonds auszuweiten. „Im Bezug auf den Rettungsfonds EFSF kann ich sagen, dass wir uns für maximale Flexibilität stark machen und ich würde auch sagen: maximale Kapazität in punkto Quantität und Qualität“, sagte Trichet am Montagabend während eines Treffens des Internationalen Clubs Frankfurter Wirtschaftsjournalisten. Er antwortete auf die Frage, ob der Fonds auch mit dem Kauf von Staatsanleihen beauftragt werden sollte. Bisher ist in Europa nur die EZB dazu in der Lage. Deutschland lehnt eine Erhöhung der Garantien für den Stabilisierungsfonds EFSF ab. Auch ein zusätzliches Mandat zum Kauf von Staatsanleihen, um im Notfall die Märkte zu stabilisieren, will die Bundesregierung dem Fonds nicht geben. (Spanien und Belgien zahlen mehr, Seite 19)

Mappus verärgert die Parlamentarier

Ministerpräsident: Vorbehalt beim ENBW-Geschäft wäre nicht akzeptiert worden

sup./Kno. STUTTGART/FRANKFURT, 14. Dezember. Baden-Württembergs Ministerpräsident Stefan Mappus hat mit dem bis zuletzt geheim gehaltenen Kauf des 45-Prozent-Anteils am Energieversorger ENBW die Parlamentarier verärgert. Zwar stößt das Geschäft, mit dem Mappus am Montag vergangener Woche die Öffentlichkeit überrascht hat, grundsätzlich auf breite Zustimmung. Allerdings führt die Art, wie es abgeschlossen wurde, zu Kritik – denn der Ministerpräsident hat über eine Ausgabe in der Größenordnung von 5 Milliarden Euro verfügt, ohne das Parlament zuvor um Rat zu fragen. Eine Vorbehaltsklausel hätte aber der französische Staatskonzern EDF, der Verkäufer des 45-Prozent-Pakets, nicht akzeptiert, sagte Mappus. EDF-Chef Henri Proglio hätte das Risiko nicht eingehen wollen, dass das Geschäft platzt, weil der Landtag nicht zustimme.

Mappus beruft sich auf die Landesverfassung, wonach der Finanzminister über oder außerplanmäßigen Ausgaben zustimmen muss, wobei die Zustimmung nur im Falle eines „unvorhergesehenen und unabsehbaren Bedürfnisses“ erteilt werden dürfe. Nachträglich sei die Genehmigung des Landtags einzuholen, heißt es in der Verfassung. Und der Ministerpräsident braucht die Zustimmung zudem, weil der Landtag eine Bürgschaft für das Geschäft bewilligen muss. Wenn der Beschluss nicht gefasst würde, „hätten wir ein gewisses Problem“, räumte Mappus vor der Landespressekonzferenz in Stuttgart ein, und: einen Plan B habe er nicht. „Es kann nicht sein, dass 6 Milliarden Euro Landesgeld

im Feuer stehen und der Landtag nicht darüber abstimmen soll“, sagte indes Nils Schmid, der Spitzenkandidat der SPD für die kommende Landtagswahl.

Die Bürgschaft ist notwendig, weil der Kauf der Anteile aus dem EDF-Besitz durch eine Anleihe finanziert werden soll, für die der Zins deutlich niedriger ist, wenn das Land sich verbürgt. Bei einer Plazierung über das Förderinstitut L-Bank werde man aktuell weniger als 2,5 Prozent Zinsen zahlen müssen. Da die Dividenden-



Bald in Staatsbesitz: Stuttgart kauft ENBW-Anteile. Foto ddp

rendite der ENBW absehbar aber höher sei, werde der Steuerzahler nicht belastet. Diese besondere Situation an den Finanzmärkten hat Mappus in Zeitdruck gebracht, wie er selbst einräumte: „Eine solche Spanne hat man jetzt, aber in einem halben Jahr bestimmt nicht mehr. Wir hatten ein schmales Zeitfenster zu nutzen.“

Der Kauf der ENBW-Anteile müsse eine Ausnahme-situation bleiben, sagte Mappus, fügte aber hinzu: „Einige wenige

öffentliche Güter müssen vom Staat organisiert werden, darunter Wasser und Abwasser, öffentlicher Nahverkehr und Energie.“ Für Zündstoff sorgte der Kauf der ENBW-Anteile auch, weil die Investmentbank Morgan Stanley mit der Aushandlung betraut wurde. Denn der Deutschland-Chef Dirk Notheis ist ein Freund von Mappus. Es dürfe niemandem ein Nachteil daraus entstehen, dass er CDU-Mitglied sei oder mit dem Ministerpräsidenten befreundet, sagte Mappus. Die Entscheidung für Morgan Stanley basiere auf Sachargumenten, denn die Bank sei schon für EDF und ENBW tätig gewesen.

In einem Beitrag für diese Zeitung betont Mappus zudem, dass die Transaktion aus seiner Sicht für eine moderne Industriepolitik stehe: „Würde noch vor kurzem das Totenglockchen für die deutsche Industrie geläutet, zieht sie nun Deutschland mit Macht aus der Krise. Wir tun gut daran, ihr optimale und vor allem auch stabile Rahmenbedingungen zu bieten.“ Das Beispiel ENBW zeige, wie dies gelingen könne. „Wir haben gehandelt, bevor Unsicherheit und Spekulationen geblüht haben.“ Die Forderung, eine solche Transaktion öffentlich auszuschreiben, sei „arg naiv“. Ein vorzeitiges Bekanntwerden hätte gravierende Auswirkungen gehabt, zum Beispiel an der Börse. Aus Mappus' Sicht hätte es die Transaktion sogar zum Scheitern bringen können. „Systemrelevant sind mitnichten nur Banken und große Konzerne. Industrie, Mittelstand und Handwerk und mit ihnen die Bürger müssen sich auf die Energieversorgung verlassen können.“ (Mappus: Es können nicht alle in der Abwehr spielen, Seite 12)

Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Alles – außer Kontrolle

Von Stefan Ruhkamp

Politische Fehler

Von Carsten Knop

Die geplante Kapitalerhöhung dürfte für die Europäische Zentralbank peinlich werden. Über Monate bestanden die Notenbanker darauf, dass es für die Pleite eines der finanzschwachen Euro-Staaten keinen Plan B geben müsse. Im Gegenteil, die ganze Stabilisierung werde am Ende sogar ein gutes Geschäft, hieß es. Länder wie Griechenland und Irland gelten nach dieser Lesart als solvent, könnten also ihre Schulden eigentlich tragen, wenn nur die Märkte nicht verrückt spielten. Mit ihren Plänen für eine Kapitalerhöhung lässt die EZB, die seit Mai dieses Jahres für 72 Milliarden Euro Staatsanleihen der schwächsten Euro-Länder gekauft hat, die eigene Argumentation absurd erscheinen. Wofür braucht es zusätzliches Kapital, gar eine Verdoppelung, wenn doch die Risiken unter Kontrolle sind? In Wahrheit ist der Zahlungsausfall eines Euro-Landes längst kein unrealistisches Szenario mehr. Kommt es dazu, müssten EZB und die nationalen Notenbanken große Verluste verkraften. Insofern ist der Plan für eine Kapitalerhöhung ein doppeltes Eingeständnis. Die Zentralbank sorgt vor und macht öffentlich, wie ernst sie das Risiko von Umschuldungen wirklich einschätzt.

Es hätte so einfach sein können: Der Rückkauf der Anteile am Energiekonzern ENBW, die beim staatlichen französischen Stromversorger EDF liegen, ist in Baden-Württemberg gut angekommen. Die Logik erschließt sich schnell. Ordnungspolitik, die den Staat aus solchen Übernahmen heraushalten wollen, wurden von Ministerpräsident Stefan Mappus mit der Aussicht auf einen Börsengang beruhigt. Doch politisch erlitten Mappus Fehler unterlaufen: Niemals hätte er sich den Zustimmungsvorbehalt des Parlaments „wegverhandeln“ lassen dürfen, gerade weil am Ja der Abgeordneten nie Zweifel bestanden. Um die Landesbürgschaft zu bekommen, die den niedrigen Zins garantiert, der die Finanzierung der Übernahme attraktiv macht, braucht er das Parlament ja ohnehin. An dieser Hürde wird Mappus zwar nicht scheitern. Die Querelen rund um ENBW sorgen nun jedoch dafür, dass ihm das Geschäft vor der Wahl nicht den Schub bringt, den er sich erhofft hat. Sollte Mappus aber wiedergewählt werden, wird der Börsengang zum Lackmustest für seine ordnungspolitische Überzeugungen. Erste Zweifel an seiner Verlässlichkeit in dieser Hinsicht darf man inzwischen auch haben.

Bankenaufsicht ohne Biss

Von Markus Frühauf

Europas Bankenaufseher lassen sich nicht entmutigen: Im Frühjahr 2011 wollen sie abermals die Widerstandsfähigkeit der europäischen Banken gegenüber Krisen prüfen. Das Debüt im Sommer, als die sogenannten Stresstests, die seit Jahren zum Werkzeugkasten der Regulatoren gehören, erstmals veröffentlicht wurden, rechtfertigt aber keine Neuaufgabe. Die Hoffnung der europäischen Politik, mehr Transparenz zu schaffen und damit die durch die europäische Schuldenkrise aufgerüttelten Märkte zu beruhigen, hat sich vier Monate später als Trugschluss erwiesen.

Denn das 85 Milliarden Euro schwere Rettungspaket für Irland wurde notwendig, weil der Staat nicht mehr in der Lage war, mit der irischen Bankenkrise fertig zu werden. Im Sommer-Stresstest wurden 91 Banken geprüft, davon fielen sieben durch. Alle irische Banken hatten den Test bestanden. Als Ende November die portugiesische Notenbank Alarm schlug, dass eine Verschärfung der Schuldenkrise die Banken des Landes zu überfordern droht, stand fest: Stresstests haben ihren Stresstest nicht bestanden. Denn auch portugiesischen Banken wurde im Sommer eine ausreichende Krisenfestigkeit bescheinigt.

Schwachpunkt der alten Stresstests waren die von Land zu Land unterschiedlichen Prüfungsverfahren. Deshalb ließen sich die Ergebnisse nicht miteinander vergleichen. Die Europäische Kommission und mit ihr die Bankenaufseher wollen nun die Prüfungen strenger gestalten. Schließlich wird die Europäische Zentralbank (EZB) im Anschluss an die Einzelergebnisse einen eigenen, auf die makroökonomischen Ansteckungsgefahren ausgerichteten Test bei den 20 größten Banken durchführen. Über Einzelheiten schweigt sich die EZB aber aus.

Durch einheitliche Rahmenbedingungen kann der Spielraum der nationalen Prüfer eingeengt werden. Zumindest auf organisatorischer Ebene besteht die Hoffnung, dass dies in der neuen Stresstest-Runde gelingen kann. Denn dafür wird nicht mehr das Komitee der europäischen Bankenaufseher (Committee of European Banking Supervisors; CEBS) verantwortlich zeichnen, sondern dessen Nachfolgeorganisation, die European Banking Authority (EBA). Diese Einrichtung hat deutlich mehr Befugnisse als das CEBS. Sie ist eine von drei europäischen Behörden, die Anfang des neuen Jahres ihre Arbeit aufnehmen werden und für eine schärfere, grenzüberschreitende Regulierung sorgen sollen.

Doch das ändert nichts an der grundsätzlichen Kritik: Stresstests können eine neue Krise nicht vorwegnehmen. Finanzkrisen tauchen dort auf, wo sie zunächst nicht vermutet werden. Und welcher Aufseher hat an Ergebnissen ein Interesse, die vor einer unterkapitalisierten, nicht krisen-

festen Kreditwirtschaft warnen? Vor diesem Hintergrund und erst recht nach dem Fiasco im Sommer kann nicht angenommen werden, dass der Markt den neuen Stresstests vertrauen wird. Eine Beruhigung der Märkte wird so nicht erreicht. Der Ehrgeiz der Europäischen Kommission und der Bankenaufseher, es im neuen Versuch besser zu machen, ist löblich, überzeugt aber nicht.

Diesmal soll die Krisenfestigkeit von Banken nicht nur in der Kapitalausstattung, sondern auch in der Verfügbarkeit von Liquidität geprüft werden. Es darf gerätselt werden, wie diese Tests aussehen sollen. Selbst die im

Stresstests, die viel Personal binden, aber vom Markt bezweifelt werden, sind überflüssig.

Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht vereinten Notenbanken und Aufseher wissen noch nicht, wie sie den künftigen Liquiditätspuffer definieren sollen. Dass sich die europäischen Aufseher im Schnellverfahren zutrauen, nun die Zahlungsfähigkeit in Krisen prüfen zu können, nährt Zweifel. Der Verdacht liegt nahe, dass die Tests dann doch zahm definiert werden. Sollte es zu einer Umschuldung eines Euro-Landes kommen, werden sich auch dessen Banken nicht mehr an den internationalen Kapitalmärkten refinanzieren können. Doch welcher Aufseher wird die Investoren davor wirklich warnen wollen? Eine weitere Eskalation der Krise wäre dann die Folge.

Mehr Vertrauen in das Finanzsystem werden auch die neuen Stresstests nicht schaffen. Es wäre besser, die Aufseher kehrten zu ihrem alten Verfahren der diskreten Stresstests zurück. Mögliche Schwachstellen lassen sich auch so erkennen und beheben. Zumal zu vermuten ist, dass auf dem diskreten Weg wesentlich härtere Krisenszenarien unterstellt werden können als in den zur Veröffentlichung bestimmten Stresstests.

Die deutschen Aufseher, also die Finanzaufsicht Bafin und die Bundesbank, haben sich mit ihrer Kritik an den Belastbarkeitsprüfungen nicht durchsetzen können. Im Sommer hatte Bundesbank-Vizepräsident Franz-Christoph Zeidler die Stresstests noch als außerordentliche Maßnahme bezeichnet und sich gegen eine Dauer-einrichtung ausgesprochen. Doch auf internationalem Parkett findet er offenbar wenig Gehör. Öffentliche Stresstests, die viel Personal binden, aber vom Markt bezweifelt werden, sind überflüssig. Erst recht, wenn die Regulatoren ihre Ressourcen auf die Beaufsichtigung der Institute und die Umsetzung der neuen Wettbewerbsregeln (Basel III) konzentrieren sollten.

FIRMENINDEX	Seite	Audi	14	Dür	19	KTG Agrar	19	Oy Sisu Auto	15	Salzgitter	18
		Aurubis	15, 18	Eberspächer	15	Lanxess	14	Postbank	15	Sanofi-Aventis	16
3i	17	Bosch	15	Emirates Airline	16	LBBW	16	Qatar Airways	16	TUI	15, 18
A-Tec	18	Continental	19	Ethiad	16	Messe Frankfurt	18	Royal Bank of Scotland	16	Volkswagen	14
Air Berlin	19	Daimler	15	General Motors	15	Mitsubishi	15	Royal DSM	14	Windreich	19
Amor Group	17	Deutsche Bank	15	Infineon	14	Nabaltec	19	RWE	14	Yahoo	17
Arava	15, 16	Deutz	15	KPMG	17	Nissan	15	Ryanair	15	ZF Friedrichshafen	14

Anwälte fordern 15 Prozent mehr Honorar

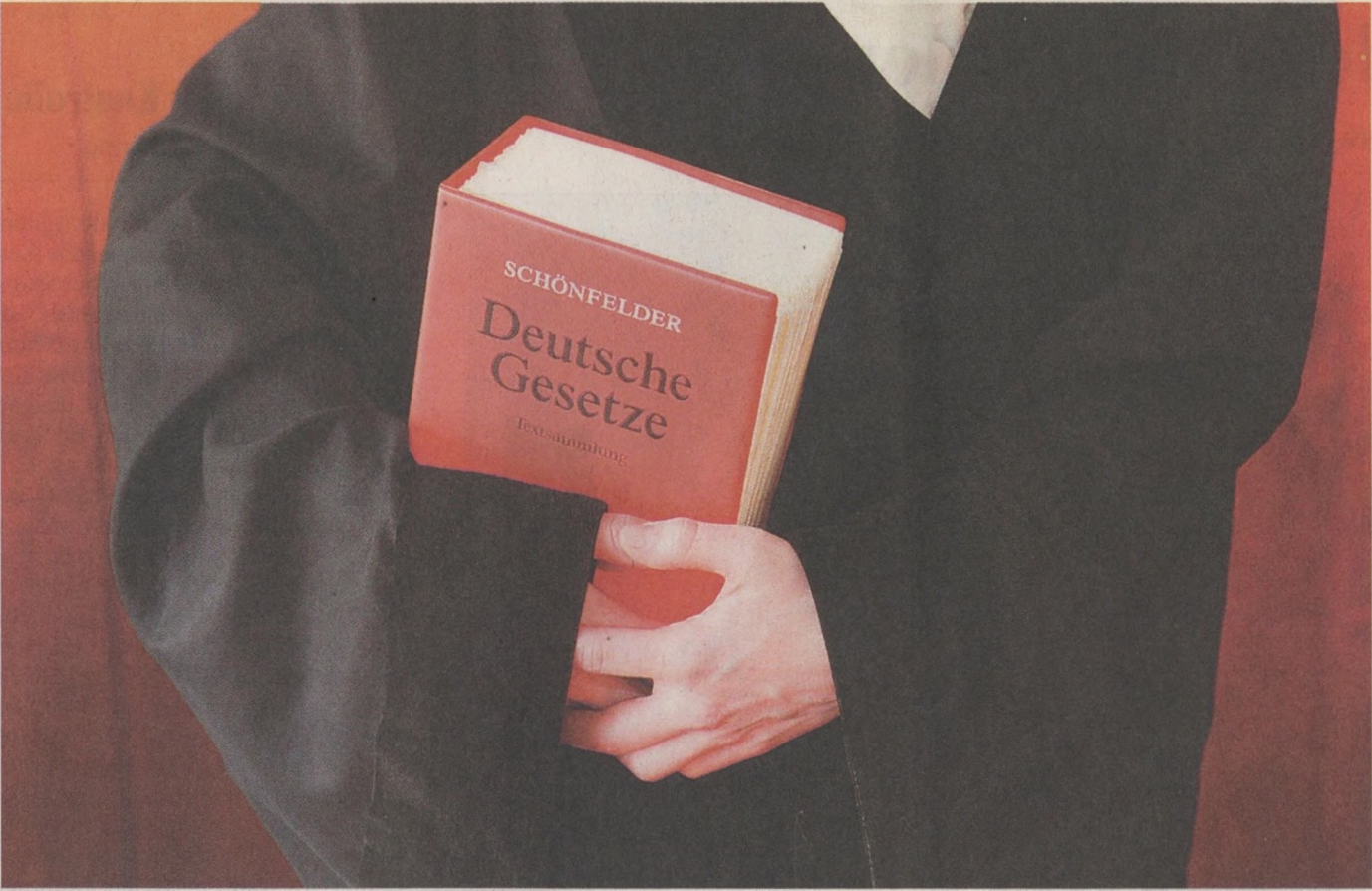
Vorstoß von Verband und Kammer bei Bundesjustizministerin Leutheusser-Schnarrenberger

jja. BERLIN, 14. Dezember. Deutschlands Rechtsanwälte wollen mehr Geld: Der Deutsche Anwaltverein (DAV) und die Bundesrechtsanwaltskammer verlangen, die gesetzlichen Honorare um 15 Prozent zu erhöhen. Die Präsidenten der beiden Einrichtungen, Wolfgang Ewer und Axel Filges, werden Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) an diesem Donnerstag einen entsprechenden Forderungskatalog überreichen. „16 Jahre nach der letzten Anpassung ist ein solcher Schritt überfällig“, sagte Ewer dieser Zeitung.

Dieser Hinweis bezieht sich allerdings nur auf die gesetzliche Gebührentabelle selbst. Denn vor sechs Jahren löste das Rechtsanwaltsvergütungsgesetz die Bundesrechtsanwaltsgebührenordnung ab; diese Reform bescherte der Anwaltschaft höhere Vergütungen beispielsweise für außergerichtliche Einigungen. Davon habe jedoch nur ein kleiner Teil der Branche profitiert, argumentieren die Ständesvertreter. Wenig gebracht habe dies hingegen für jene Anwälte, die vor allem vor Gericht aufträten, ferner im Familienrecht, privaten Baurecht und Medizinrecht. Die damalige Streichung einer speziellen Gebühr für Beweisaufnahmen habe sogar zu Einbußen geführt.

DAV und Kammer pochen nun sowohl auf eine lineare Anhebung wie auch auf Veränderungen in Einzelpunkten. Beides zusammen soll 15 Prozent mehr in die Kanzleikassen spülen. So sollen die Kilometerpauschale und die „Abwesenheitsgelder“ für Advokaten erhöht werden, die einen Termin vor Gericht oder mit einem Mandanten wahrnehmen. Wenn der Staat das Honorar schuldet („Prozesskosten-“ und „Verfahrenskostenhilfe“ für Bedürftige) und es zu spät auszahlt, soll der Betrag verzinst werden. Besser gestellt werden sollen auch Anwälte, die vor Sozialgerichten tätig werden oder Asylbewerber vertreten. Hinzu kommen etliche weitere Detailvorschläge für Änderungen im Kostenrecht, das selbst in Anwaltskreisen als unübersichtlich gilt.

„Eine funktionsfähige Rechtspflege ist nur mit einer leistungsstarken und qualifizierten Anwaltschaft denkbar“, wirbt DAV-Präsident Ewer für sein Anliegen.



Andere Rechnung vor Gericht: Die Honorare für außergerichtliche Vergleiche wurden schon erhöht.

Foto Ulrich Baumgarten/vario images

Die Zunft beruft sich außerdem darauf, dass gesetzlich festgesetzte Gebühren Transparenz für die Nachfragerseite schufen, insbesondere für Verbraucher. Im europäischen Vergleich sei Rechtsrat in Ländern ohne ein gesetzliches Vergütungssystem wesentlich teurer.

Ressortchefin Leutheusser-Schnarrenberger hat allerdings ohnehin Wohlwollen für das Anliegen der Advokaten signalisiert. Als Hemmschuh gelten dagegen die Bundesländer, aus deren ohnehin klammen Haushalten die Prozesskosten- und Verfahrenskostenhilfe gezahlt werden. Überdies ist der Anwendungsbereich der Gesetzesvorschriften begrenzt: Wer seinen Anwalt selbst bezahlen kann, darf ein höheres Honorar mit ihm vereinbaren. Wenn er den Rechtsstreit gewinnt,

muss ihm der Gegner allerdings nur die im Vergütungsgesetz vorgesehenen Gebührensätze erstatten. Anwaltspräsident Ewer droht denn auch damit, dass sich immer mehr Anwälte aus dem Gebührensystem verabschieden und nur noch nach Stundensätzen abrechnen. „Daran kann niemand ein Interesse haben, denn es geht auch um den Zugang zum Recht für die Bürger.“

Eine Studie des Soldan-Instituts für Anwaltsmanagement ergab allerdings im Frühjahr: Wer einen Titel als Fachanwalt erwirbt, kann seine Einnahmen um durchschnittlich 43 Prozent steigern. Eine Langzeituntersuchung des Instituts für freie Berufe in Nürnberg zeichnete zudem vor einem Jahr ein sehr gemischtes Bild über die wirtschaftliche Lage der Branche.

Demnach verdienen selbständige Anwälte in den alten Bundesländern immer noch am besten; ihre Einkünfte haben sich aber leicht negativ entwickelt. In Extremfällen haben Gerichte auch schon das Gehalt von angestellten Anwälten in Kanzleien als zu niedrig und daher „sitzenwidrig“ eingestuft. Der Zuwachs auf dem Beratermarkt hat sich unterdessen deutlich verlangsamt; die Zahl der zugelassenen Anwälte liegt mittlerweile bei rund 155 000. Etwa ein Drittel davon übt freilich im Hauptberuf eine andere Tätigkeit aus, etwa als Syndikus in einem Verband oder Unternehmen. Nicht sicher ist schließlich, ob der Europäische Gerichtshof die von der Europäischen Kommission kritisch beäugten Mindestgebühren auch in Deutschland billigen würde.

Irland blockiert Boni für Banker

theu. LONDON, 14. Dezember. Der irische Finanzminister Brian Lenihan hat der angeschlagenen Allied Irish Banks (AIB) verboten, Mitarbeiter-Boni in Höhe von rund 40 Millionen Euro rückwirkend aus auszahlen. Lenihan habe in einem Schreiben an den Vorstand gedroht, die inzwischen mehrheitlich dem Staat gehörende zweitgrößte irische Bank werde dringend benötigte weitere Hilfen nicht erhalten, falls sie die Prämien ausschütete, teilte die AIB mit. „Ich werde nicht das Geld der Steuerzahler für Boni ausgeben“, erklärte Lenihan im Radiosender RTE. „Der Vorstand begrüßt das Einschreiten des Ministers sehr“, sagte AIB-Chef David Hodgkinson, der noch Ende vergangener Woche argumentiert hatte, der Finanzkonzern sei aus rechtlichen Gründen gezwungen, die ausstehenden Bonuszahlungen von 40 Millionen Euro für das Jahr 2008 zu leisten. Der Streit um das Geld schwelt schon seit Monaten. Ein AIB-Banker hatte vor dem Londoner High Court seine Prämie für 2008 erfolgreich eingeklagt. Juristen bezweifeln deshalb, dass Lenihans Verbot nach jetziger Rechtslage zulässig ist. Der Finanzminister kündigte allerdings eine rasche Gesetzesänderung an. Vergangene Woche hat die Regierung in Dublin, die bis zu 85 Milliarden Euro für die Rettung der irischen Banken aufwendet, bereits eine Sondersteuer von 90 Prozent auf Banker-Boni in Aussicht gestellt.

Tarifverträge in der Zeitarbeit aberkannt

Bundesarbeitsgericht fällt Grundsatzentscheidung über die Tariffähigkeit der CGZP

cbu. ERFURT, 14. Dezember. Das Bundesarbeitsgericht hat am Dienstag eine Grundsatzentscheidung gefällt, die weitreichende Folgen für viele der in Deutschland tätigen Zeitarbeitsunternehmen haben könnte. Die Erfurter Bundesrichter entschieden, dass die Tarifgemeinschaft Christlicher Gewerkschaften für Zeitarbeit und Personalserviceagenturen (CGZP) nicht tariffähig ist. Damit sind alle schon geschlossenen Tarifverträge unwirksam. Derzeit ist allerdings noch unklar, ob die Entscheidung auch rückwirkend gilt.

Der Tarifpartner der CGZP, der Arbeitgeberverband Mittelständischer Personalserviceleister (AMP), hatte in der mündlichen Verhandlung zuvor vor einschneidenden Konsequenzen einer solchen Entscheidung gewarnt. „Es geht um die Existenz von Tausenden Zeitarbeitsfirmen, ihren Kunden und den Mitarbeitern“, betonte der AMP-Rechtsanwalt Mark Lembke von der Kanzlei Greenfort. Sollte es tatsächlich zu den befürchteten Nachforderungen der Sozialkassen in Milliardenhöhe kommen, würde eine Pleitewelle sowohl auf die Zeitarbeitsfirmen als auch auf viele Kunden zurollen, warnte er.

Nach Angaben der IG Metall könnten für die vergangenen vier Jahre Nachzahlungen in Höhe von jeweils 500 Millionen Euro pro Jahr fällig werden, wenn die Er-

furter Richter der CGZP die Tariffähigkeit absprechen. In der Konsequenz wären alle schon geschlossenen Vereinbarungen unwirksam und die Betroffenen Leiharbeitnehmer könnten mit einem Schlag Anspruch auf den gleichen Lohn wie die beim Entleiher beschäftigte Stammebelegschaft haben – und die Sozialkassen demzufolge Anspruch auf höhere Sozialabgaben. „Mit diesem Verfahren betreten wir absolutes Neuland“, unterstrich die Präsidentin des Bundesarbeitsgerichts Ingrid Schmidt, die zugleich dem zuständigen Ersten Senat vorsitzt. In den vergangenen sechzig Jahren habe es noch nie eine Spitzenorganisation gegeben, die im eigenen Namen Tarifverträge abgeschlossen habe (Az.: 1 ABR 19/10).

Das Verfahren birgt schon deshalb Brisanz, weil sich dort mit der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft Verdi und den Christlichen Gewerkschaften zwei Arbeitnehmerorganisationen gegenüberstehen, die jeweils von ihrer Tarifvertragspartei auf Arbeitgeberseite unterstützt werden. Deshalb kam es am Dienstag zu der ungewöhnlichen Paarung CGZP und AMP sowie Verdi und das Land Berlin. Darüber hinaus sind noch acht weitere Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände sowie das Bundesarbeitsministerium an dem Gerichtsverfahren beteiligt. Verdi und das Land Berlin sprechen der CGZP,

die „soziale Mächtigkeit“ ab, die eine Gewerkschaft braucht, um Tarifforderungen durchsetzen zu können. Seit ihrer Gründung im Dezember 2002 hätten die Christlichen Gewerkschaften auf dem Rücken der Zeitarbeitnehmer „Gefälligkeisttarifverträge“ mit den Arbeitgeber abgeschlossen. CGZP argumentiert hingegen, den großen Gewerkschaften gehe es um die Ausschaltung eines unliebsamen Konkurrenten, an der sich das Land Berlin „aus politischen Gründen“ beteilige. Von den rund 760 000 Zeitarbeitnehmern, die im Jahr 2008 in Deutschland durchschnittlich beschäftigt waren, vertrat die kleine Konkurrenzgewerkschaft gerade einmal 1383 Mitglieder. Allerdings wird in vielen Arbeitsverträgen auf die Tarifabschlüsse der CGZP Bezug genommen.

AMP-Vertreter Lembke argumentierte, die soziale Mächtigkeit der Gewerkschaft ergebe sich schon aus dem Grundsatz der gleichen Entlohnung („Equal Pay“) von Leiharbeitnehmern und der Stammebelegschaft. Davon kann dem Arbeitnehmerüberlassungsgesetz zufolge nur durch Tarifvertrag abgewichen werden. Als Druckmittel könnte die Gewerkschaft sich deshalb darauf zurückziehen, im Streitfall keine Vereinbarung abzuschließen. Dies konterte die Gegenseite mit dem Argument, dass dies auf eine „Mächtigkeit durch Unterlassen“ hinausliefe.

Prognosen sehen Deutschland an der Spitze des Wachstums

Kiel Economics hält Vollbeschäftigung für möglich

ppl. FRANKFURT, 14. Dezember. Auch im kommenden Jahr wird die deutsche Wirtschaft kräftig wachsen. Das Münchner Ifo-Institut erwartet nach 3,7 Prozent in diesem Jahr für 2011 ein reales Wirtschaftswachstum von 2,4 Prozent. Das Institut Kiel Economics prognostiziert einen überaus starken Anstieg von 3,2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Dies geht aus den am Dienstag vorgestellten Konjunkturprognosen der beiden Institute hervor. Für den Zeitraum 2011 bis 2015 haben die Kieler Ökonomen um Carsten-Patrick Meier ein Szenario mit dem Titel „Die fetten Jahre“ entworfen, das sie für das wahrscheinlichste halten. Demnach könnte bis 2015 die Arbeitslosenzahl unter zwei Millionen sinken. Damit wäre nach gängiger Definition Vollbeschäftigung erreicht. Die Staatsschuldenquote würde von 2013 an sinken und 2015 mit 66 Prozent vom BIP sogar unter das Niveau vor der Krise fallen.

Das Ifo-Institut hält sich mit solchen längerfristigen Aussagen zurück. Für das kommende Jahr sieht es „alle Konjunkturampeln auf Grün“. Ifo-Präsident Hans-Werner Sinn sagte, die Konjunktur sei so schön, wie man sie sich nur wünschen könne. Die Impulse kämen zunehmend aus dem Inland. Der Außenhandel habe 2010 schon nur noch ein Viertel des Wachstums gebracht. Im nächsten Jahr kämen bis zu 90 Prozent des Wachstums von der stärkeren Binnennachfrage. Vor allem die Investitionen legten wegen der auf historische Sicht sehr niedrigen Zinsen zu – um fast 5 Prozent im kommenden Jahr. Dies sei auch eine Folge der Euro-Krise, die das Risiko von Investitionen in den Ländern der Euro-Peripherie sichtbar gemacht und damit den Kapitalexport aus Deutschland verringert habe. Für den Euro-Raum insgesamt sieht das Ifo-Institut nur 1,4 Prozent Wachstum in 2011.

„Nach Jahren der Flaute ist Deutschland die Lokomotive der Erholung im Euro-Raum“, sagte Sinn. Die Arbeitslosenzahl wird 2011 nach der Ifo-Prognose um rund 300 000 auf durchschnittlich 2,94 Millionen sinken. Das staatliche Defizit werde mit 2,3 Prozent vom BIP wieder unter der Maastricht-Grenze liegen. Allerdings warnt das Ifo-Institut, dass

die Staatsschuldenkrise der Peripherieländer die Erholung schädigen könne. Sollte der Euro-Krisenmechanismus in eine „Vollkaskoversicherung ohne Selbstbehalt ausarten“, würde dies den deutschen Zinsvorteil wieder nehmen. Sinn forderte eindringlich, bei Hilfen für überschuldete Euro-Staaten die Gläubiger zu beteiligen. Geeignet seien Abschläge („Haircuts“) auf die Forderungen von 20 bis 50 Prozent.

Das Institut Kiel Economics, das der Institut für Weltwirtschaft nahesteht, begründet seine Prognose einer längerfristig sehr günstigen Entwicklung der deutschen Wirtschaft mit der Kombination aus inländischen Reformen und starkem weltwirtschaftlichen Wachstum. Die Unternehmen seien so wettbewerbsfähig, dass sie mehr Arbeitskräfte einstellen wollten. Jenseits des optimistischen Hauptszenarios sieht aber auch Meier erhebliche Risiken. So könnte zum einen die Konjunktur völlig überhitzen, dies würde auch die Inflation anheben. Es könnte aber auch eine „Normalisierung“ mit ruhigerem Tempo eintreten, sodass die BIP-Prognose auf 2,2 Prozent falle. Mit diesen unterschiedlichen Szenarien reagieren die Konjunkturforscher auf Kritik an Punktprognosen. Nach Rechnung des Ifo-Instituts liegt das Wachstum mit zwei Drittel Wahrscheinlichkeit in dem Band zwischen 1,4 und 3,4 Prozent.

Starkes Wachstum

Prognostizierte Veränderung des Bruttoinlandsprodukts zum Vorjahr (in Prozent)



China will Freihandel mit Indien

Ministerpräsident Wen trifft auf Vorbehalte in Neu-Delhi

che. SYDNEY, 14. Dezember. Die beiden bevölkerungsreichsten Länder der Erde wollen Gespräche über Freihandel aufnehmen. Chinas Ministerpräsident Wen Jiabao will das Thema während eines Besuchs in der indischen Hauptstadt Neu-Delhi ansprechen, der an diesem Mittwoch beginnt. „Ein Freihandelsabkommen ist die nächste Stufe. Wir hoffen, wir können den Prozess nun anstoßen“, sagte Chinas Botschafter in Indien, Zhang Yan.

Das Handelsvolumen der beiden großen aufstrebenden Staaten Asiens sollte im nächsten Jahr die Größenordnung von 60 Milliarden Dollar übertreffen – 30 mal so viel wie im Jahr 2000. Zugleich aber ist Indiens Handelsdefizit mit China von rund 1 Milliarde Dollar im Fiskaljahr 2002 auf 16 Milliarden Dollar im Jahr 2008 angeschwollen. In Indien herrscht die Sorge vor, China überschwemme das Land mit Billigprodukten. Deshalb geben Analysten den von China erhofften Gesprächen wenig Chancen. Zudem herrscht in Neu-Delhi immer noch weitgehendes Misstrauen den Chinesen gegenüber. Es geht auch auf den Grenzkrieg von 1962 und die Konflikte um Tibet, Kashmir und die

Aufrüstung von Indiens Erzfeind Pakistan durch die Chinesen zurück. In Afrika und Teilen Asiens konkurrieren China und Indien um Rohstoffvorkommen. Die Inder sind zugleich in Sorge, weil ihre Ausfuhr zu 60 Prozent aus Rohstoffen und Rohmaterialien besteht, während China vor allem Produkte mit hoher Wertschöpfung wie Maschinen oder Elektronik ausführt.

Wen wird von einer vielköpfigen Wirtschaftsdelegation begleitet. Mehrere Abkommen sollen unterzeichnet werden, unter anderem für den Verkauf von Kraftwerkstechnik durch Shanghai Electric Group an die indische Reliance im Wert von mehr als 8 Milliarden Dollar. Derzeit wird darüber spekuliert, ob auch erstmals einer chinesischen Bank der Markteintritt in Indien gestattet werden wird. Besonders interessiert ist Indien an chinesischer Hilfe für den Aufbau seiner Infrastruktur – dies aber sollte nicht so weit gehen, dass China etwa ganze Häfen entwickelte, wie in den Nachbarländern Indiens üblich. „Ich sehe schon, dass das Verhältnis zwischen China und Indien sehr zerbrechlich ist. Es kann leicht beschädigt werden und ist dann schwer zu reparieren“, sagte Zhang.

Deutsches Geld für Windpark in Afrika

hap. FRANKFURT, 14. Dezember. Deutschland finanziert den größten Windpark Afrikas mit. Die KfW Entwicklungsbank hat im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung mit Ägypten einen Finanzierungsvertrag über ein Darlehen in Höhe von 192 Millionen Euro unterzeichnet. Das Darlehen dient der Finanzierung des Windparks „Golf von El Zayt“ am Roten Meer mit einer Leistung von 200 Megawatt. Die gesamten Projektkosten liegen nach Angaben der KfW bei 340 Millionen Euro. Deutschland stellt mit dem Darlehen demnach den größten Teil der Finanzierung. Weitere Beiträge kommen von der Europäischen Kommission (30 Millionen Euro Zuschuss) und der Europäischen Investitionsbank (50 Millionen Euro Darlehen). Der Eigenbeitrag Ägyptens beträgt 68,5 Millionen Euro. „Der Windpark wird eine wirtschaftlich effiziente und ökologisch sinnvoll erzeugte Stromproduktion ermöglichen“, begründet KfW-Vorstand Norbert Kloppenborg das Engagement. Darüber hinaus sei das Ziel, die wachsenden Energiebedürfnisse Ägyptens zu befriedigen und dabei einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. Gleichzeitig werde ein wichtiger Baustein gelegt, um die Vision von Desertec, die Produktion von sauberem Strom aus der Wüste, Wirklichkeit werden zu lassen.

Streikwelle in Griechenland

ATHEN, 14. Dezember (dpa-AFX). Die vorweihnachtliche Streikwelle in Griechenland erreicht einen neuen Höhepunkt: Wegen eines 24-stündigen Streiks der Bus- und U-Bahnfahrer brach in der Hauptstadt Athen am Dienstag der Verkehr für mehrere Stunden zusammen. Zehntausende versuchten mit ihren Privatautos zur Arbeit zu kommen. Auf den Zufahrtsstraßen entstanden dabei noch nie dagewesene Staus, wie das Fernsehen berichtete. Tausende Menschen kamen zu spät zur Arbeit. Am Mittwoch dürfte sich die Lage weiter zuspitzen. Wie die Fluggesellschaften mitteilen, fallen wegen eines Streiks der Fluglotsen alle Flüge aus. Die griechische Presse spricht von einem „vorweihnachtlichen Streikmarathon“ und einem „Häretetest“ für die Regierung. Alle öffentlichen Verkehrsmittel sollen auch am Donnerstag in Athen bestreikt werden. Tausende Arbeitnehmer demonstrierten am Dienstag vor dem griechischen Parlament gegen die Sparpolitik der Regierung unter Ministerpräsident Giorgos Papandreu. Am Mittwoch wollen sich außer den Fluglotsen auch Staatsbedienstete und Angestellte öffentlich-rechtlicher Unternehmen sowie Bankangestellte, Rechtsanwälte und Ingenieure dem Streik anschließen. Aus Piraus wird keine Fähre auslaufen.

Standpunkt: Stefan Mappus

Es können nicht alle in der Abwehr spielen

Wurde noch vor kurzem das Totenglückchen für die deutsche Industrie geläutet, zieht sie nun Deutschland mit Macht aus der Krise. Wir tun gut daran, ihr optimale und vor allem auch stabile Rahmenbedingungen zu bieten. Sie verdient eine moderne Industriepolitik.

Das Beispiel EnBW zeigt, wie dies gelingen kann. Die Energieversorgung ist ein Herzstück der Infrastruktur unseres Landes. Es konnte uns nicht egal sein, welchen Eignern dieses Unternehmen nach Auslaufen der Aktionärsvereinbarung der beiden Großaktionäre OEW und EDF gehört hätte. Deshalb haben wir gehandelt und den Anteil der französischen EDF an der EnBW für eine Übergangszeit erworben.

Wir haben gehandelt, bevor Unsicherheiten und Spekulationen geblüht hätten. Die Forderung, eine solche Transaktion öffentlich auszuschreiben, ist arg naiv. Natürlich haben wir diskret verhandeln müssen und diskret verhandelt. Ein vorzeitiges Bekanntwerden hätte gravierende Auswirkungen gehabt, zum Beispiel an der Börse; es hätte die Transaktion sogar zum Scheitern bringen können. Mit allen Folgen für das Unternehmen, seine 20 000 Mitarbeiter und sogar die 6 Millionen Kunden. Wie üblich haben wir – um den Kauf technisch und rechtlich zu

realisieren – die Unterstützung einer fachlich ausgewiesenen Kanzlei und eines renommierten Bankhauses in Anspruch genommen. Dieses Institut kennt die EDF wie kein zweites. Sie hat die EDF teilverprivatisiert und an die Börse gebracht. Hätten wir eine Investmentbank nehmen sollen mit weniger Expertise, nur weil der Vorstandsvorsitzende Dirk Notheis der CDU angehört? Mit mir jedenfalls nicht! Wir haben die Aufträge



Stefan Mappus ist Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg

im Einklang mit europäischen und nationalen Rechtsvorschriften vergeben.

Der Kauf ist kein Akt der Verstaatlichung. Das Land wurde vorsorglich aktiv, um sein standortpolitisches Interesse zu wahren. Wir wollen eine gesunde, soli-

de und tragfähige Eigentümerstruktur. Gerade die Stadtwerke wollen wir auf diesem Weg mitnehmen. Ihnen bietet sich die Chance, gemeinsam mit der EnBW die Potenziale einer dezentralen und regenerativen Energieerzeugung besser zu nutzen.

Wir alle sind stolz, dass wir in Deutschland eine innovative und hochproduktive Industrie haben. Wir sind alle froh, dass die Bänder wieder laufen und die „Schäfer“ im Land endlich wieder anpacken können. Das zeitweise in Mode gekommene Gerede davon, dass Industrie von gestern sei, dass unsere Industrie an den Märkten vorbei produziere und den technologischen Wandel versäumt hätte, ist klar widerlegt. Eine starke, innovative und wettbewerbsfähige Industrie ist durch nichts zu ersetzen.

Deshalb tun wir t daran, unserer Industrie die Rahmenbedingungen zu bieten, die sie verdient. Dazu zählen eine sichere und bezahlbare Energieversorgung ebenso wie eine gute und schnelle Verkehrsinfrastruktur. Wie verwundbar wir sein können, wenn unsere Energieversorgung zu stark vom Ausland abhängt, haben wir im Winter 2008/2009 während des sechstägigen Lieferstopps infolge des Gasstreits zwischen Russland und der Ukraine erkennen können.

Systemrelevant sind mitnichten nur Banken und große Konzerne. Systemrele-